



PRINCIPALITY OF SEALAND

Prime Minister

2. Februar 2019

Regierungsbeschluss 2-2019

Wie Sie der hier eingestellten mehrseitigen Dokumentation entnehmen können, hat der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in Zusammenarbeit mit der Regierung des Landes Niedersachsen, Herrn Ministerpräsident Glogowski, die Staatsanwaltschaft in Braunschweig angewiesen, dem Leiter der diplomatischen Vertretung der Principality of Sealand im Deutschen Reich, Herrn Hans-Jürgen Sauerbrey, basierend auf den geschlossenen Verträgen mit dem Generalbevollmächtigten des Deutschen Reichs, Herrn Günter Ebel, anerkannt durch den SHAEF-Gesetzgeber USA, die Verfahren gemäß §170-2 gegen Seiger und Sauerbrey einzustellen.

Da diese Akte angeblich bei der Staatsanwaltschaft Postdam "unauffindbar" ist, hat die brandenburgische Justiz ihre rechtswidrigen Handlungen unvermindert fortgeführt.

Ich habe am Donnerstag, dem 31. Januar 2019, dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Herr Dr. Woitke, mitgeteilt, dass es mein persönlicher Wunsch sei, zu verhindern, dass gegen Teile der brandenburgischen Justiz unter Umständen Lynchjustiz betrieben werden könnte.

Johannes W. F. Seiger



2. Februar 2019